

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Liechtenstein an den Berufswettbewerben in Australien

Auch dieses Jahr kämpfen wieder junge liechtensteinische Berufsleute um Lorbeeren in einem internationalen Wettkampf

Vor zwanzig Jahren begann die Teilnahme junger Berufsleute aus unserem Land bei den Internationalen Berufswettbewerben, die in der Zwischenzeit zum festen Bestandteil im Kalender der liechtensteinischen Berufsausbildung gehören. Der Name «Fürstentum Liechtenstein», und damit verbunden die internationale Anerkennung der grossen Leistungen eines kleinen Landes, ist auch in diesem Zusammenhang zu einem nicht zu unterschätzenden Bekanntheitsgrad gelangt. Der Kampf um die begehrten Medaillen wurde in diesen zwei Jahrzehnten härter, doch steht nicht immer der Erfolg des Einzelnen im Mittelpunkt, sondern auch die Anerkennung unserer Berufsbildung ganz allgemein vor einem internationalen Forum.

Die Anfänge waren, vergleichbar mit jenen der ersten Schritte auf dem Parkett des internationalen Sports, recht bescheiden. Die erste Teilnahme, die von Prof. Otto Seger und Carl Walser entscheidend ermöglicht und gefördert wurde, endete gewissermassen mit einer Überraschung. Zwar standen damals zweifellos auch die Motivation und der Wille zu einem Erfolg im Zentrum, doch an den Gewinn einer Bronze-Medaille und eine Leistungsurkunde hatte wohl niemand so recht geglaubt, zumal die drei Teilnehmer Ewald Kranz (Werkzeugmacher), Michael Biedermann (Maschinenzeichner) und Reinhold Oehry (Maschinenschlosser) nicht speziell auf diesen Wettkampf vorbereitet

worden waren – wenigstens im Vergleich zu den heutigen Vorbereitungen.

Zwei Jahrzehnte später, nach fünf Goldmedaillen und einer Reihe weiterer Auszeichnungen, gehen wiederum acht junge Berufsleute an den Start einer harten internationalen Ausscheidung. Zum 200. Geburtstag der ehemaligen Sträflingsinsel hatte sich Australien anboten, die internationalen Berufswettbewerbe durchzuführen. Vom 7. bis zum 26. Februar werden diese – in einem anspruchsvollen Auswahlverfahren ermittelten – Berufsleute sich mit Kolleginnen und Kollegen aus etwa zwanzig verschiedenen Staaten in einem friedlichen, aber anforderungsreichen Wettstreit messen. Die Chancen auf eine oder mehrere Auszeichnungen stehen auch diesmal wieder günstig, obwohl das Hauptaugenmerk

nicht in erster Linie auf die Ergatterung von Gold-, Silber- oder Bronze-Medaille gelegt wird.

### Austausch von Erfahrungen

Die Freude über jeden mit Medaillen oder einer Auszeichnung erzielten Rang ist zweifellos gross, meint der Technische Delegierte Josef Nigsch, doch der Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene und die Bestätigung, in jedem Fall und in jedem Beruf mit anderen Staaten mithalten zu können, erscheint ebenso wichtig. Die Organisation der Internationalen Berufswettbewerbe, die aus einem nationalen Wettstreit vor vielen Jahren in Spanien entstand, bezweckt in erster Linie die Förderung der Berufsausbildung und des Erfahrungsaustausches in diesem Bereich, die mit Hilfe des Wettbewerbs unter den jungen Berufsleuten und des Aus-

tauschs der Auszubildner sowie der Experten erreicht werden.

### Erfahrungen der Experten

Doch nicht nur die jungen Berufsleute, die sich über Monate auf ihre anspruchsvolle Aufgabe gewissenhaft vorbereitet haben, profitieren von den Wettkämpfen im beruflichen Bereich. Auch die Experten und Beobachter, die Auszubildner und Mannschaftsführer, die eine wichtige Aufgabe im Bereich der Betreuung, Bewertung und Führung zu leisten haben, kehren jeweils mit einem neuen Erfahrungsschatz aus diesen Wettbewerben zurück. Ihre Aufgabe, die mehr im Hintergrund erledigt wird, findet vielleicht weniger Resonanz in der Öffentlichkeit, aber in den Fachgremien aber umso mehr Anerkennung – der Name Liechtenstein wird hier gerne erwähnt. (G.M.)

## Lokal «Al Capone» als Drogenplatz

Balzner Restaurant musste die Türen schliessen

(paf) – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 27. Januar 1988 einen Bericht des Sicherheitskorps zur Kenntnis genommen, wonach der dringende Verdacht besteht, dass es sich beim Restaurant Al Capone in Balzers um einen regional bekannten Drogenumschlagplatz handelt. Die Regierung hat deshalb die sofortige Schliessung des Restaurants Al Capone angeordnet. Nachdem in diesem Lokal auch eine grössere Anzahl von Jugendlichen regelmässig verkehrt, hat die Regierung unter anderem zum Schutz dieser Jugendlichen diese harte Massnahme angeordnet. Sie stützte sich bei ihrem Entscheid auf das Gewerbegesetz, welches der Regierung die Möglichkeit gibt, einen Gastgewerbebetrieb zu schliessen, falls die Voraussetzungen zu einer geordneten Führung des Betriebes nicht mehr gegeben sind.

(Siehe dazu auch das Interview mit Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, zuständiges Regierungsmitglied für die Ressorts Inneres und Jugend, im Inlandteil dieser Ausgabe.

## Auf den Abstimmungsergebnissen weiter aufbauen

Erklärung des Parteipräsidiums der Fortschrittlichen Bürgerpartei zu den beiden Abstimmungen

Das Präsidium der Fortschrittlichen Bürgerpartei hat mit Befriedigung von den Abstimmungsergebnissen Kenntnis genommen, wonach die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Gesetzesvorlagen über die Erhöhung der Mandatszahl des Landtags sowie über die obligatorische Einführung der betrieblichen Personalvorsorge zugestimmt hat. Der Einsatz unserer Mandatäre, Obmänner und Vorstandsmitglieder für diese beiden Abstimmungsvorlagen hat sich gelohnt.

Das Präsidium der Fortschrittlichen Bürgerpartei stellt bei einer ersten Analyse fest, dass die Abstimmungsergebnisse zum Teil nach Gemeinden

sehr unterschiedlich ausgefallen sind, so dass es das Präsidium für notwendig erachtet, die Umstände und Hintergründe sorgfältig und ernsthaft zu untersuchen. Den knappen Abstimmungsergebnissen ist zu entnehmen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger weitere gesetzgeberische Tätigkeiten erwarten.

Für das Präsidium der Fortschrittlichen Bürgerpartei ist es daher vorzügliches Ziel, dass nun die Parlamentsreform umgehend an die Hand genommen wird. Es war der Fortschrittlichen Bürgerpartei stets ein Anliegen, das Parlament in seiner Zahl

und Funktion zu stärken. Das Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge ist in den bekannten Schwachpunkten der Gesetzesvorlage zu verbessern. Hier kann auf der Vorarbeit, die die Landtagsfraktion der Fortschrittlichen Bürgerpartei geleistet hat, weiter aufgebaut werden.

Das Präsidium der Fortschrittlichen Bürgerpartei ist zuversichtlich, dass es ihren Mandatären in Landtag und Regierung gelingt, in dieser Richtung voranzukommen und so den Erwartungen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die sie in der Abstimmung zum Ausdruck gebracht haben, gerecht zu werden.

## Kein Lebenszeichen von deutscher Geisel

Bonn/Beirut (AP) Auch wenige Stunden vor Ablauf des syrischen Ultimatums an die libanesischen Entführer des Bundesbürgers Ralph Rudolf Schray hat die deutsche Bundesregierung am Freitag vergeblich auf ein Lebenszeichen des 30-jährigen Mannes gewartet. Regierungssprecher Friedhelm Ost sagte vor Journalisten, es lägen keine neuen Erkenntnisse vor. Der syrische Vizepräsident Abdel Halim Chaddam hatte Bonn noch am Vorabend im Gespräch mit Bundesausserminister Hans-Dietrich Genscher Hilfe im Kampf um das Leben der Geiseln zugesagt. Damaskus hatte den Geiselnheimern Schrays erst am Donnerstag ein Ultimatum bis zum Freitag Mitternacht zur Freilassung des Verschleppten gestellt.

## Neuer Vorstoss der USA für Nahostfrieden

Jerusalem/Manama (AP) Israelis und Araber erwarten in den nächsten Tagen einen neuen Vorstoss der US-Regierung zur Beilegung des Nahostkonflikts. Der israelische Ministerpräsident Jizchak Schamir sagte am Freitag, die US-Initiative zur Einleitung eines Friedensprozesses werde sich auf die Sache konzentrieren, damit die bisherige Blockierung durch den Streit um das Verfahren überwunden werden könne. Hanna Siniora, Chefredakteur der in Ostjerusalem erscheinenden arabischen Zeitung «Al Fadschr», kündigte in einem in Washington geführten Gespräch mit dem Londoner Nahostinformationsdienst «Mideast Mirror» an, Aussenminister George Shultz werde um den 6. Februar in einer Rede die Grundzüge der kommenden amerikanischen Bemühungen erläutern.

## «Radio Liechtenstein» – Entscheidung noch 1988?

Das Medienpapier der von der Regierung eingesetzten Kommission liegt bereits vor

Fällt die Entscheidung über «Radio Liechtenstein» bereits in diesem Jahr? Regierungsrat Wilfried Büchel als zuständiger Ressortinhaber für Verkehr, in dessen Bereich die Medien- und Verkehrspolitik fällt, gab am Pressegespräch bekannt, dass der Bericht der Medienkommission der Regierung vorliege. Die Regierung werde diesen Bericht, allenfalls erweitert um einen Bericht der Regierung, dem Landtag im Frühjahr vorlegen. Die Entscheidung wird dann beim Landtag liegen.

Die Medienkommission hatte ein Grundsatzpapier zur Medienpolitik in unserem Land bereits im Mai 1987 der Regierung unterbreitet. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Papier, das in erster Linie eine Bestandaufnahme der verschiedenen Medien darstellt, aber auch Vorschläge für eine künftige Ausgestaltung der Medienlandschaft in unserem Land enthält, erforderte eine Überarbeitung des Grundsatzpapiers. Die erweiterte und ergänzte Fassung liegt nun der Regierung erneut zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vor. Die Regierung hat sich mit den Vorschlägen der Medienkommission, wie Regierungsrat Wilfried Büchel erklärte, bereits befasst und wird den Bericht voraussichtlich im Frühjahr an den Landtag weiterleiten.

### Bestandaufnahme über Medien

Die Medienkommission, die teilweise unter wechselnder Besetzung während einigen Jahren an ihrem Auftrag arbeitete, nahm in ihrem Bericht zuerst eine Bestandaufnahme über die Medien und die Medienpolitik in unserem Land vor. Angesichts von verschiedenen Konzeptionsgesuchen für die Errichtung eines lokalen Radiosenders (analog den sich in einer Versuchsphase befindlichen Lokalradiosendern) und der Erstellung einer lokalen Fernsehstation befasste sich die Medienkommission auch mit Fragen der Trägerschaft für diese elektronischen Medien, mit der Finanzierung und mit der

Zulassung von Werbung. Die Entscheidung über die Errichtung eines Lokalradios und allenfalls auch eines Fernsehensenders liegt aber nicht bei der Kommission, sondern bei der Regierung, die dem Landtag die entsprechenden Anträge unterbreiten wird.

### Bericht über öffentlichen Verkehr

Am Pressegespräch nahm Regierungsrat Wilfried Büchel auch – wie bereits kurz berichtet – Stellung zu Fragen der Förderung des öffentlichen Verkehrs. Über die Zukunft des öffentlichen Verkehrs, insbesondere zur Frage, ob weiterhin das Schwergewicht auf die Postautos gelegt werden soll oder ob auch andere Beförderungsmöglichkeiten (Hochbahn) denkbar sind, wird sich die Regierung ebenfalls im laufenden Jahr befassen. Gleichzeitig sollen, so Regierungsrat Wilfried Büchel, laufend Verbesserungen und bauliche Massnahmen im Bereich der Postautofahrpläne und Haltestellen vorgenommen werden. Geprüft wird derzeit in diesem Zusammenhang das «Sesam-System» für die Postautos, also die Ermöglichung der generellen Vorfahrt

für die Postautos bei allen Lichtsignalanlagen.

### Einschränkungen für Nulltarif

Im Ressort Verkehr wird nach Angaben von Regierungsrat Wilfried Büchel die einjährige Versuchsphase für den Nulltarif besonders beobachtet. Im Herbst, wenn die Resultate der Erhebungen und Untersuchungen über das Fahrverhalten und die Bedürfnisse der Fahrgäste vorliegen, hat die Regierung über die Weiterführung oder alternative Angebote zum Nulltarif zu entscheiden. Die ersten Erhebungen versprechen nach seinen Worten einen Erfolg des Nulltarifs. Teilweise mussten bereits zusätzlich Kurse geführt werden, um alle Passagiere befördern zu können. Für Gruppenreisen, die den Nulltarif «ausnützen» wollen, sind allerdings gewisse Beschränkungen in Kraft gesetzt worden. Kostenlos befördert werden die Fahrgäste, so Regierungsrat Wilfried Büchel, nur auf den fahrplanmässigen Kursen in den Kurslinien, während Fahrten ausserhalb des Fahrplanes weiterhin als taxpflichtig gelten. (G.M.)

## Androsch scheidet aus Bank aus

Tauziehen endete mit Annahme des Rücktrittangebots

Wien (AP) Nach stundenlangem Tauziehen hat der 16köpfige Aufsichtsrat der österreichischen Creditanstalt-Bankverein, der grössten Bank des Landes, das Rücktrittsangebot des bisherigen Generaldirektors und früheren Finanzministers Hannes Androsch angenommen. Androsch war Mitte Januar von einem Wiener Gericht wegen falscher Zeugnisaussage zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. Das Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig, da Androsch Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung einlegte.

Der offiziellen Erklärung zufolge scheidet Androsch mit Ende Januar «unter Wahrung seiner Abfertigungs- und Pensionsansprüche» aus der Bank aus. Nach den Worten des Aufsichtsratspräsidenten Fritz Bock wurde das Angebot einstimmig angenommen. Unklar war vorerst, wie hoch die Ansprüche Androschs gegen die Bank sein werden. Inoffiziell war zuvor von rund 22 Millionen Schilling (etwa drei Millionen Mark) die Rede gewesen. Dies hätte jedoch seine Bezüge bis zum Auslaufen seines Vertrages im Jahre 1991 beinhaltet.

## Europarat: Sessionen ausserhalb Frankreichs?

Strassburg (spk) Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat am Donnerstag ihre Winter-session früher als geplant beendet. Sie protestierte damit gegen die französische Visumpolitik, die nach ihrer Auffassung eine Diskriminierung einzelner europäischer Staaten schafft.

Ob sich die französische Regierung durch diesen «Nadelstich» beeindrucken lässt, ist gegenwärtig nicht abzusehen. Kenner der Pariser Politik vermuten, dass im Vorfeld der Präsidentenwahlen die Regierung Jacques Chirac keine Zugeständnisse machen wird. Im Europarat erwägt man nun, die Sessionen in Zukunft an einem anderen Ort, ausserhalb Frankreichs abzuhalten. Für eine solche «Züglete» muss aber der Ministerrat des Europarates konsultiert werden, und da dürfte Frankreich sein Veto einlegen.

Unter diesen Umständen steht die Strassburger Versammlung am Anfang ihrer Frühjahrs-session, die am 2. Mai beginnt, vor einer schwierigen Entscheidung: Soll sie in Strassburg tagen, selbst wenn aus Frankreich noch kein Zugeständnis in der Visums-Frage vorliegt? Soll sie eine «Züglete» ohne Frankreich wagen?

Die Strassburger Versammlung muss im Mai auf jeden Fall die Mandate ihrer Delegierten erneuern und eine Reihe Nominierungen vornehmen. Eine davon betrifft den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs. Für dieses Amt liegen fünf Kandidaturen vor. Ein Kandidat ist der freisinnige Tessiner Nationalrat Massimo Pini. Seine Chancen sind ungewiss. Viel wird davon abhängen, ob man das Amt eher einem Politiker oder einem Beamten anvertrauen will.

**BRILLEN**  
für Gesichter  
mit Persönlichkeit

**federer** Brillen  
Kontaktlinsen  
Optik - mit der Sie sich sehen lassen können!  
Grünaustrasse 1 · 9470 Buchs · Telefon 085 / 62818

Schöner  
arbeiten mit  
**LISTA**  
**Center**  
A. BECK AKTIENGESELLSCHAFT  
NEUBAU, FL-9485 TRIBSEN  
TELEFON 075/2 83 77